

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

Volksblatt

für
Stadt und Land.


Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
verborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberggr.

N: 120.

Paderborn, 6. October

1849.

 **Bestellungen auf das „Volksblatt für Stadt und Land“ wolle man für das vierte Quartal (Octbr., Novbr., Dezbr.) gefälligst bald aufgeben. Auswärts nehmen die Königl. Postanstalten, für Brilon die Junfermann'sche Buchhandlung, welche auch Anzeigen für das Volksblatt annimmt, dieselben entgegen.**

Uebersicht.

Amliches.

Deutschland. Berlin (der Waldeck'sche Prozeß; General Bonin; die Cholera; die Commission für die Verfassungs-Revision); Hannover (Soldateneresse); Darmstadt (die Wahlen zur Abgeordneten Kammer); Wien (Romorn unterworfen; Geruch von Görgey's Tode.)

Frankreich. (Nachricht aus Afrika.)

England. London (die Kornplünderungen in Irland.)

Italien. (Nachrichten aus Rom.)

Spanien. Madrid (das spanische Armeecorps in Italien.)

Türkei. Konstantinopel (die Differenz mit Rußland und Oestreich.)

Neueste Nachrichten.

Vermischtes.

Amliches.

Der Rechtsanwalt und Notar Heidsiek zu Borgentreich ist unter Verbeibehaltung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Paderborn als Rechtsanwalt an das Kreisgericht zu Bielefeld, für den Bezirk desselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bielefeld versetzt worden.

Deutschland.

Berlin, 2. October. Verflorenen Samstag hat der Anklagesenat des Appellations-Gerichts eine Sitzung in der Waldeck'schen Sache gehalten, deren Ergebnis wir bereits mittheilten. An der Sitzung nahmen Theil: Vorsitzende Präsident Koch, Beisitzer die Appellationsgerichts-Räthe v. Bülow, Heine, Lübner und Bernhardt. Als Gerichtsschreiber fungirte der Aktuar Herr und der Ober-Staatsanwalt Sethe selbst vertrat das öffentliche Ministerium. Der Senat faßte den Beschluß, den Angeklagten Waldeck wegen unterlassener Anzeige von einem zu seiner Kenntniß gekommenen hochverrätherischen Unternehmen auf Grund des §. 97 des Strafrechts in den Anklagestand zu versetzen. Der eben gedachte Paragraph aber lautet dahin: „Wer von dem Vorhaben eines Hochverrathes Nachricht erhält, und der Obrigkeit baldmöglichst Anzeige davon zu machen unterläßt, hat zehnjährige bis lebenswichtige Festungsstrafe verwirkt.“ Bei diesem Beschlusse soll man hauptsächlich von der Ansicht ausgegangen sein, den Geschwornen über die Sache das Urtheil zu überlassen, und sie durch die mündliche Verhandlung im Interesse des Herrn Waldeck selbst, der Öffentlichkeit zu übergeben, um die Regierung vor jeder Anfeindung zu schützen.

Der General v. Bonin ist seit Dienstag in Berlin. Es scheint, daß seine Anwesenheit den Zweck hatte, bestimmte Ansichten der Statthalterchaft über die Entwirkung der Schleswigschen Verhältnisse hier zur Geltung zu bringen. Wir hören, daß er auf seinen Posten zurückkehrt, ohne entscheidende Resultate seiner Mission zurückzubringen. Herr v. Bonin hat das Unglück gehabt, sich den Fuß zu brechen, und wird dadurch noch einige Tage hier zurückgehalten.

Da die Choleraerkrankungen immermehr abnehmen und

sich in den Cholera-Hospitälern nur wenige Kranke befinden, so ist nun auch die Heilanstalt am Alexanderplatz geschlossen worden. Die Sanitäts-Kommission wird das Grundstück in einigen Tagen an den Magistrat zur anderweiten Benützung zurückgeben.

AZC Berlin, 2. Okt. Die Commission für die Verfassungs-Revision in der zweiten Kammer hat speben ihren Bericht über Titel IX., so wie über die allgemeinen und die Uebergangs-Bestimmungen erstattet. Der neunte Titel der Verfassung handelt von den Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden. Vor näherer Berathung dieses Titels wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt nothwendig erscheine, in die Verfassungsurkunde über die Organisation dieser Verbände leitende Grundsätze aufzunehmen, während es sehr schwierig sei, letztere auf wenige allgemeine für alle Verhältnisse passende Sätze zurückzuführen. Die Commission war indeß einstimmig der Ansicht, daß diese Vorschriften, wie sie nun einmal in der bereits gültigen Verfassung daständen, nicht mehr fortbleiben könnten und wandte sich deshalb sofort zu der Berathung der einzelnen Bestimmungen. Die hierbei gepflogenen Verhandlungen geben im Kleinen ein Bild von den Kämpfen, welche wir bei der Berathung der Gemeinde- u. Ordnung in den Kammern zu erwarten haben dürften. Wie unter den Abgeordneten überhaupt, so stellten sich schon hier im kleinen Kreise die extremsten Ansichten einander gegenüber und eine Reihe von Anträgen mußte durch eben so viel Abstimmungen beseitigt werden. Namentlich tauchten auch die beiden Fragen auf, welche fast schon alle Fractionen in ihren Partei-Versammlungen lebhaft beschäftigt haben: ob es wohlgethan sei, durch eine unbedingte, die künftige Gesetzgebung fesselnde Vorschrift festzustellen: 1) daß in allen Gemeinden ohne Ausnahme die Vorsteher durch freie Wahl der Gemeinden zu bestellen, und 2) daß überall, mit Ausnahme der großen Städte von mehr als 30,000 Einwohnern, den Gemeinden die Orts-polizei zu überlassen sei? Man vereinigte sich endlich dahin, in letzterer Beziehung folgende Bestimmung in den Tit. IX. aufzunehmen: „Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zu. Die Bedingungen des Ueberganges der Orts-Polizei-Verwaltung an die Gemeinden, wie den Umfang der ersteren wird das Gesetz bestimmen.“ Die diesem Gesetze bereits vorgreifenden Bestimmungen des Tit. IX. wurden dann gestrichen. In ersterer Beziehung glaubte man das Princip der Wahl der Gemeindevorsteher durch die Gemeinden in der Verfassung garantiren zu müssen, und lehnte alle gegen den Text der Verfassungsurkunde gerichteten Anträge, wenn auch nur mit kleiner Majorität, ab. Von diesem prinzipiellen Momente abgesehen, hat überhaupt Tit. IX. keine Abänderung erlitten. Unter den Allgemeinen Bestimmungen war es besonders der Art. 105 über die Ministerial-Gesetzgebung, der die allerheftigsten Kämpfe hervorrief. Es wurden im Schooße der Commission fünf verschiedene Vorschläge zu seiner Abänderung gemacht, und die endlich angenommene Fassung stieg nur mit 11 gegen 10 Stimmen. Sie lautet: „Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert können, in so fern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen